

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

meine Damen und Herren,

vor zwei Jahren habe ich in meiner Haushaltsrede festgestellt, dass wir unter Anwendungen finanztechnischer Regeln eines Wirtschaftsunternehmens pleite sind und den Haushaltsentwurf ablehnen müssten. Wir, die SPD-Fraktion, haben uns damals dazu durchgerungen, dem Haushalt zuzustimmen. Wir haben uns der Hoffnung verschrieben, dass der Bund und das Land seine Städte und Kommunen nicht am langen Arm verhungern lassen wird. Wir haben angenommen, dass die Konjunktur und gute Wirtschaftsprognosen unseren Haushalt entlasten. Wir haben angenommen, dass unsere Petitionen zur Reform der Gemeindefinanzierung aufgenommen und beachtet werden, und wir haben angenommen, dass eine in Aussicht gestellte Altschuldensanierung unseren zukünftigen Haushalt über einige Jahre entlastet. Wir waren der Ansicht, dass wir für einen fragilen Haushaltsentwurf 2023/2024 auch als Opposition Verantwortung mit übernehmen müssten, damit wir zukünftig bessere Voraussetzungen erhalten, weil Bund und Land sich bewusst werden, ihre Städte und Kommunen durch eine angepasste Finanzierung am Leben zu erhalten. Wir haben angenommen und angenommen usw...!

Das war ein fataler Fehler.

Man muss fairerweise festhalten, dass diese Verschuldung keine Windecker Besonderheit ist. Waren es vor Jahren nur wenige Kommunen, die mit Hilfe des Stärkungspaktes ihren Haushalt ausgleichen konnten, so sind es heute das Vielfache. Einige Kommunen haben noch die Möglichkeit, auf ihre Rücklagen bzw. ihr Eigenkapital zuzugreifen und damit den Haushalt auszugleichen. Der Landesregierung ist es bewusst geworden, dass nun auch ehemals reiche Kommunen durch die unzureichende finanzielle Ausstattung keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufweisen können. Das sieht blöd aus, das kann man sich nicht leisten, da muss man sich was einfallen lassen. Das Ergebnis: Den Kommunen wird bei einer Verschuldung erlaubt, diese durch die Anwendung eines globalen Minderaufwand zu reduzieren und die Schulden auf die Folgejahre vorzutragen, in der Annahme, dass sie in den Jahren keine Schulden machen und eine blühende Wirtschaft den Kommunen die nötigen Gelder in die Haushaltskassen spielt.

Das wäre beispielweise so, als würde ein gering verdienender Familienvater zur Bank gehen, einen Kredit aufnehmen mit der Zusage, diesen in einem Jahr zurückzuzahlen. Nach einem Jahr sagt er, er kann nicht zurückzahlen, die Bank teilt ihm mit, das sei nicht so schlimm, sie nimmt an, dass er in den Folgejahren mehr verdient, seine Frau und seine Kinder was sparen, die Familie auf den Urlaub verzichtet, Fleisch nur alle 2 Wochen auf den Tisch kommt und er die Schulden somit mühelos zurückzahlen kann.

Das ist nichts anderes als eine hochspekulative Haushaltsführung, was hier von dem Land uns aufgetragen wird. Einfach unseriös, eine legale Mogelpackung. Wir können doch in der derzeitigen angespannten konjunkturellen Lage, dem in Berlin avisierten Milliarden-Paket und der ohnehin unsicheren Weltlage nicht wirklich mit Kostenminderungen rechnen. Im Gegenteil, man braucht nur über die Kostenentwicklung bei den Haushaltsposten Energie, Kreis- und Jugendamtsumlage, ÖPNV, Personalkosten, Sanierung von Brücken und Gebäuden nachdenken. Das ist ein schwarzes Loch, was mit Steuergeldern der Bürger gestopft werden soll.

Ich möchte hier nicht auf die Festlegung der neuen Grundstückbemessungswerte näher eingehen, da dies schon in vorhergehenden Sitzungen diskutiert und erläutert wurde. Nehmen wir den vom Land NRW für Windeck empfohlenen aufwandsneutralen Hebesatz von 825 Punkten als Basis, so stellen wir fest, dass wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt damit abbilden können.

Nur mit dem von ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf und der damit eingerechneten Erhöhung der Grundsteuer B um 135 Punkte, also auf insgesamt 960 Punkte, erreichen wir einen genehmigungsfähigen Haushalt. Unter Berücksichtigung unserer derzeitigen Einnahmemöglichkeiten federn wir immer wieder Haushaltsdefizite durch eine Erhöhung der Grundsteuer B ab. Dieser Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Wir müssen zukünftig andere Wege aufzeigen, die Belastungen sind endlich. Die Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen in unsere Kompetenz.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist in seiner Erstellung, Form und Erläuterung vorbildlich von der Kämmerin vorgestellt worden. Das können wir als Fraktion bestätigen. Die politische Bewertung des Haushaltsentwurfs liegt auf einer anderen Ebene. Hier steht für die SPD-Fraktion ihre Verantwortung gegenüber dem Bürger im Vordergrund.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2025/2026 ablehnen.

Ich ahne schon die Reaktion der Mehrheitsfraktion hier im Rat, die uns vorwerfen werden, dass wir uns der Verantwortung nicht stellen und die Entwicklung der Gemeinde riskieren. Ja, das können sie uns vorwerfen, aber erinnern sie sich an meine Anmerkungen am Anfang meiner Einlassungen zum Haushaltsentwurf.

Beginnen wir mit der Landesebene.

Wo ist die Reaktion des Landes auf unsere gemeinsamen Petitionen mit der Bitte um Änderungen bei der Gemeindefinanzierung, wo ist der zugesagte Altschuldenerlass, wer entlastet uns für die Erfüllung der Aufgaben, die uns von Land und Bund zusätzlich aufgetragen werden?

Offensichtlich hat das alles bei der Landesregierung nicht gewirkt. Dann muss man irgendwann einen anderen Weg gehen. Sie werden nach außen argumentieren, das ist purer Wahlkampf und Polemik. Nein, sage ich ihnen, das gehört zur Aufgabe einer Opposition, Missstände aufzuzeigen und öffentlich zu machen. Halten wir den Mund, nicken wir alles kommentarlos ab, dann fühlen sich die Bürger nicht ernstgenommen – zu recht. Sie wählen nicht oder wenden sich extremen Parteien zu.

Ich erinnere die Liste gerne an ihre Aussagen während des Bürgermeisterwahlkampfes 2018. Da haben sie auf die Finanzkompetenz der Bürgermeisterin mit ihrem Netzwerk zum Finanzministerium hingewiesen und eine sorgenfreie finanzielle Zukunft unserer Gemeindefinanzen suggeriert. Stand heute waren weder die Bürgermeisterin noch ihre Vorgänger in der Lage, einen genehmigungsfähigen Gemeindehaushalt vorzulegen, der ohne hohe Belastungen unserer Bürger ausgeglichen werden konnte. Die Versuche scheiterten alle an unseren strukturbedingten Herausforderungen, die für eine Flächengemeinde typisch sind. Heute ist es so, dass sie ihren eigenen Koalitionsvertrag ignorieren, ja sie brechen ihn. Sie versprechen darin den Bürgerinnen und Bürgern eine stabile Steuer- und Abgabenlast. Es mag an der heutigen Zeit liegen, dass uns das Gerede von vorgestern nicht mehr interessiert. Aber man muss doch nicht alles kopieren, was einem in der großen Politik vorgelebt wird.

Ich komme nun auf die Kreisebene.

Der Kreis scheint die Nöte der Landkommunen nicht aufzunehmen. Seit Jahren haben wir den berechtigten Verdacht, dass die hohe Kreisumlage auch etwas zu tun hat mit dem Finanzgebaren dieser Gebietskörperschaft, die einen Sparzwang, wie bei den Gemeinden, gar nicht kennt. Man orientiert sich an den städtisch geprägten Kommunen in der Rheinebene. Die Interessen der Landkommunen werden nicht entsprechend berücksichtigt. Ich würde mir den Besuch unseres Landrates hier im Rat wünschen, um mit ihm über unsere Nöte und Wünsche wertfrei zu diskutieren.

Unsere Ablehnung des Haushaltes muss in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, von unseren Vertretern in den Parlamenten des Kreises, des Landes und des Bundes verbreitet werden. Gehen sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen auf ihre Mandatsträger zu und machen sie sie darauf aufmerksam, dass es so mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen nicht weitergeht. Wir sind auch schon bei unseren Mandatsträgern in den genannten Parlamenten vorstellig geworden. Ergebnis war gegen null. Das lässt uns aber nicht ruhen, wir nerven weiter. Das ist gelebte Fraktionsarbeit.

Sehr wichtig ist, dass wir uns nicht nur auf die finanzielle Unterstützung des Landes und des Bundes verlassen, sondern Eigeninitiative entwickeln. Land und Bund muss nachgewiesen werden, dass wir unsere Hausaufgaben machen, dass wir versuchen, unsere Einnahmen ideenreich aufzuwerten und in unserer Situation unsere Ausgaben sehr genau überprüfen, ob sie sinnvoll, zielführend und im Umfang notwendig sind.

Und damit bin ich auf der Gemeindeebene angekommen.

Was ist zu tun, wenn der Gemeindehaushalt ein Defizit aufweist? Ganz vorne bei den Instrumenten liegt der Hebel namens Grundsteuer B.

Dann legen wir mal einfach diesen Hebel um und schon ist der Absturz abgewendet. Da gibt es weiter hinten noch ein paar Hebel, die klemmen, sie sind nicht so einfach umzulegen. Also Vorsicht, bloß nicht anfassen, das könnte Probleme geben. Auf diese Taktik zu setzen, dass ist uns zu wenig! Sie führt nur zu weiteren Abstürzen!

Wenn wir den Haushalt ablehnen, dann gebietet es sich auch, dass wir Vorschläge machen, die zu einer späteren Zustimmung in den Folgejahren führen könnten.

Betrachten wir mal die Einnahmeseite.

Ich erinnere mich noch sehr genau an das Jahr 2014. Intensive Gespräche wurden im Bereich der Gemeindewerke geführt, mit dem Ziel, einen strategischen Partner für die Energieversorgung in Windeck zu finden, mit welchem wir die Strom-und Gasversorgung in unserem Gemeindegebiet in Form einer Beteiligung realisieren könnten. Die Netze sollten gekauft und betrieben werden, ggf. waren Aktivitäten im Stromverkauf angedacht worden. Grüne und SPD engagierten sich, standen hinter dem Projekt, CDU und FDP lehnten es ab, letztendlich zog sich der Partner wegen der unsicheren Mehrheitsverhältnisse im Windecker Rat zurück und setzte das Projekt mit der Gemeinde Ruppichterorth um. Dort gab es eine 100 %-ige Zustimmung des Rates. Heute kann ich mitteilen, dass die Energiegesellschaft in Ruppichterorth einen Gewinn von 500 T€/Jahr erzielt. Diverse unbürokratische Unterstützungen von Vereinen und sozialen Einrichtungen im Gemeindegebiet gehören zur Tagesordnung. Das Netz, das betrieben wird, entspricht ca. 40-45% des Windecker-Versorgungsraumes. Wenn man das Ruppichterother Modell hochrechnet, wären das Einnahmen von 1 Mio€/Jahr für unseren Haushalt. Da kann man sagen, Chance vertan.

Aber das soll uns nicht abhalten, weitere Möglichkeiten im Bereich Energieerzeugung und Versorgung zu eruieren. Die Basis hierzu könnte unsere Windeck-Energie GmbH bilden. Die SPD-Fraktion hat eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, in welcher Fragen zu diesem Bereich formuliert wurden. Hintergrund ist, der vorhandenen Windeck Energie GmbH eine aktive freiwillige Mitarbeit in Form eines Arbeitskreises anzubieten, der die Strategien und Möglichkeiten der Themenfelder Photovoltaik, Windenergie und Nahwärme auslotet. Dieser Arbeitskreis sollte sich auch die Fachkompetenz aus der Bürgerschaft einholen. Ziel muss es sein, unsere benötigte Energie in unserem Gemeindegebiet zu erzeugen und selbst zu nutzen. Dies erfordert Investitionen, aber mittelfristig muss es möglich sein, dadurch Synergien für unseren Haushalt zu erzielen.

Seit vielen Jahren dümpelt das Projekt Gewerbegebiet vor sich hin. Es gehört viel Fantasie dazu, um zu erahnen, wann dieser Prozess beendet sein wird und die ersten Gewerbebetriebe angesiedelt sind. Das ist eine Chance, die wir nutzen müssen. Da ist unsere Wirtschaftsförderung gefordert.

Betrachten wir die Ausgabenseite.

Richtigerweise nutzen wir die Spielräume des investiven Haushaltes. Wir investieren und nutzen dabei Förderprogramme vielfältiger Ausrichtung. Das ist sinnvoll, wir stagnieren nicht in unserer Gemeindeentwicklung und die Attraktivität und Qualität unserer Gemeinde wird dadurch verbessert. Aber wir müssen bedenken, dass bei Inanspruchnahme einer Förderung auch ein Eigenanteil zwischen 10 und 30% notwendig wird. Dieser Eigenanteil muss über Kredite finanziert werden. Die durchgeführten Projekte weisen z.Zt. alle die gleichen Merkmale auf. Die Planungs- und Herstellungskosten explodieren. Mehrkosten zwischen 20-40% sind keine Seltenheit und hier beginnt unser Ansatz. Wir müssen während des Projektes in der Lage sein, die geplanten Ausführungen und Varianten auf ihre Notwendigkeit und der damit verbundenen Kosten zu überprüfen. Generell sind bei Investitionen die Wartungs- und Folgekosten zu bewerten, denn die belasten zukünftig den Haushalt. Unsere Nachfolgegeneration muss das bezahlen. Es darf nicht sein, dass Projekte gestartet werden, deren Kosten uns davonlaufen und wir keinen Einfluss haben, sie zu begrenzen oder zu stoppen. Wenn das uns vom Fördergeber, in dieser unsicheren Wirtschaftslage, nicht zugestanden wird, dann sind diese Förderprojekte für uns nicht geeignet. Es passt nicht mehr in unsere Zeit, sich Denkmäler zu setzen oder die Augen vor den Erstellungs-, Betriebs- und Erhaltungskosten zu verschließen.

Ich erinnere sie, an ihre Wahlkampfaktion 2021, das Prestigeobjekt für Windeck, Sport- und Gesundheitspark Schladern. Die Förderung dieses Projektes wurde mit den Stimmen der Liste aus CDU-GRÜNE-FDP in der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl, ohne jegliche Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen, durchgeboxt. Die SPD-Fraktion bat eindringlich vor Antragstellung um Überprüfung der Herstellungs- und Folgekosten in den zuständigen Ausschüssen. Das Ergebnis dieses Schnellschusses, die Förderung wurde abgelehnt, die Gemeinde zahlt die Kosten für den Förderantrag. Bis heute gibt keine öffentliche Mitteilung an die Bürger in Schladern, dass das Projekt gestorben ist. Hat man da Angst, Fehleinschätzungen zuzugeben? Ich denke, wenn man nicht so gierig bei der Planung für dieses Großprojekt gewesen wäre, würde der TUS-Schladern womöglich schon auf einem normalen Kunstrasenplatz seinen Spielbetrieb durchführen.

Bescheidenheit ist öfters besser!

Ich verzichte auf nähere Erläuterungen zu weiteren Projekten, wo wir als SPD-Fraktion in der Vergangenheit kostengünstigere Ausführung eingefordert haben. Eines aber muss klar sein: Zukünftig gehört alles auf den Prüfstand, Fördertöpfe hin oder her, denn unter dem süßen Honig dieser Töpfe schlummern die bitteren Zutaten namens Eigenanteil, Preissteigerung und Folgekosten. Investitionen sind wichtig für Windeck, aber wir müssen sie uns leisten können.

Kindergärten und Schulen sind unser Aushängeschild, um Windeck für junge Familien attraktiv zu machen. Stolz sind wir darauf, die Auszeichnung zur Familienfreundlichen Kommune erhalten zu haben. Das bedeutet Verpflichtung für uns, dies weiter mit Leben zu füllen. Jeder Zuzug bedeutet Einnahmen. Wir müssen Möglichkeiten finden, unser Angebot für junge Familien aufzuwerten. Meine Fraktion hat hierzu einen Antrag vorbereitet, der als Tischvorlage ihnen vorliegt. In diesem Antrag wird ein Verfügungstopf für unsere Grundschulen gefordert, auf den sie zugreifen können, wenn sogenannte Härtefälle im Bereich der Schülerbeförderung oder bei der Finanzierung von Schulausflügen auftreten. Eine Gegenfinanzierung sollte durch freiwerdende Haushaltsmittel erfolgen, die sich spätestens bei der erwartenden Altschuldenentlastung ergeben.

Nachfolgend erinnere ich an Projekte, deren Bearbeitungsstand wir zeitnah in den nächsten Ausschuss- und Ratssitzungen erläutert haben möchten.

- Gewerbegebiet Leuscheid
- Parkpalette Schladern
- Bahnhofsumfeld Rosbach
- Museumsdorf Altwindeck
- Städtebauliche Entwicklung des Hermesgelände

Windeck hat sich in den letzten fünf Jahren positiv verändert, wir sind nicht mehr die ärmste Kommune bezogen auf das pro Kopfeinkommen im Rhein-Siegkreis. Ein Grund ist sicherlich die Bahnlinie Köln – Siegen, die es unseren Einwohnern möglich macht, über das Verkehrsmittel Eisenbahn zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Im Ergebnis bedeutet das, Zuzug von jungen Familien. Unsere Immobilienpreise sind gegenüber den Haus- und

Grundstückspreisen in den Ballungsgebieten, attraktiv. Die Möglichkeit von Homeoffice unterstützt diese Tendenz. Hier liegt eine große Chance für Windeck. Nutzen wir sie.

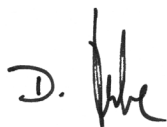
Eine positive Außendarstellung ist für jede Kommune von entscheidender Bedeutung. Sie beeinflusst nicht nur das Image und die Wahrnehmung durch die Bürger, sondern trägt auch zur Attraktivität der Gemeinde für Investoren, Touristen und neue Einwohner bei. Eine starke Außendarstellung schafft Vertrauen und fördert das Gemeinschaftsgefühl. Daran haben wir in den vergangenen Jahren gearbeitet, aber wir sind bei weiten noch nicht am Ziel.

Der Umgang in unseren politischen Gremien hat sich zum Positiven verändert. Das ist ein Verdienst des Rates und der Verwaltungsspitze. Uns ist es gelungen, Kontroversen friedvoll und sachlich auszudiskutieren, das war nicht immer so. Schauen sie in unsere Nachbarkommunen, da geht es schon mal heftiger zu Sache. Natürlich muss jede Partei ihre Werte und Ziele vertreten, aber immer mit dem notwendigen Respekt vor denen, die eine andere Meinung vertreten.

Die SPD-Fraktion wird sich auch weiter aktiv in die Arbeit des Rates einbringen und Schwerpunkte setzen. Wir bedanken uns für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren bei Ihnen Frau Bürgermeisterin, dem Beigeordneten, der Kämmerin, der Verwaltung und den Ratskolleginnen und Ratskollegen.

Ich denke, dass wir alle hier im Rat es geschafft haben, sachlich und respektvoll miteinander uns auszutauschen und gehe davon aus, dass wir dies auch auf den Kommunalwahlkampf übertragen werden – auch wenn wir diesen Haushaltsentwurf nicht mittragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'D. Bube', is positioned above a horizontal dotted line.

Dirk Bube SPD-Fraktionsvorsitzender

Windeck, den 18.3.2025